



16. Fachmesse und
Congress des Sozialmarktes

5.–6. November 2014
Messezentrum Nürnberg

„Hier wird nicht Sozialromantik betrieben, sondern hart gemanagt“

Statement des Städtetagspräsidenten und Oberbürgermeisters Dr. Ulrich Maly

auf der Pressekonferenz der ConSozial 2014 am 05.11.2014

„Wenn Ihnen jemand den Satz sagen würde, die ConSozial ist die Messe, auf der die Number-One-Themen der deutschen Politik behandelt werden, dann würden Sie wahrscheinlich schmunzeln. Aber wenn wir uns mal überlegen, was die Number-One-Themen der deutschen Politik in der letzten Zeit waren und in den nächsten Monaten und Jahren vermutlich auch sein werden, dann ist das gar nichts zum Schmunzeln. Das sind die Themen Asyl, Mindestlohn, Rente, abschlagsfreie Rente, Mütterrente, Bundeseingliederungsgesetz, Kinderbetreuung, Inklusion, Ganztagesbetreuung, Barrierefreiheit.

Also es ist tatsächlich so, dass die politische Schattenexistenz, in der sich die Sozialpolitik lange gewöhnt hat, im Moment eher dazu geführt hat, dass die Diskussionen, die sozialpolitischen Grundsatzdiskussionen immer ein Stück weit Selbstvergewisserung unserer Gesellschaft sind: Was bedeutet soziale Marktwirtschaft heute, wie definieren wir es – 60 Jahre nachdem wir es in das Grundgesetz geschrieben haben – in unserer Politik? Und die Elemente, die wir diskutieren – ob es um den Umgang mit Flüchtlingen geht, so wie es die Ministern auch vorhin bei der Eröffnung aufgeführt hat, oder um Rentenfragen oder eben um die große Frage Inklusion – das sind natürlich Grundsatzfragen des deutschen Selbstverständnisses.

Also behaupten wir jetzt einmal sehr selbstbewusst, die ConSozial ist die Messe für die Seite Eins der deutschen Politik.

Sie ist im Messeportfolio der NürnbergMesse eine wunderbare Ergänzung. Wir haben ja eine gute Mischung aus klassischen technologieorientierten Dingen, aber auch vermeintlich weichen Themen, wozu man die BIOFACH, die Werkstätten:Messe oder auch die ConSozial rechnen kann. Sie wissen, dass wir das nicht als weiche Themen betrachten, weil wir gemeinsam der Ansicht sind, dass die deutsche Sozialwirtschaft eine der wichtigsten Standortfaktoren für die Bundesrepublik insgesamt ist. Denn niemand mag sein Unternehmen in einem Land betreiben, in dem es den Kindern nicht gut geht, wenn sie betreut sind, in dem eben die Ganztagesbetreuung für die Schulen nicht organisiert ist, in dem es keine anständige Unterbringung für ältere Verwandte oder eben behinderte Menschen gibt.

Insofern ist es immer ein Auftrag der ConSozial, die Sozialwirtschaft aus der Kostenfaktor-Ecke in die Standortfaktor-Ecke zu bringen. Das gelingt mit den durchaus beeindruckenden Ausstellern, die hier sind, und den vielen Besuchern mit dem vielen Know-how, das sich hier versammelt hat.

Hier wird nicht Sozialromantik betrieben, sondern hart gemanagt. Das ist auch richtig so, weil natürlich im Bereich der Sozialwirtschaft vergleichsweise viele Steuergelder ausgegeben werden, und deshalb die Anforderungen an Effizienz, Effektivität, Produktivität genau so hoch sind wie in der Automobilindustrie, in der chemischen Industrie oder sonst wo. Da sind aber die Aussteller, die hier unterwegs sind, die Akteure auf dem Markt, mittlerweile auch professionell genug, um das entsprechend rüber zu bringen. Das werden Sie sehen, wenn Sie sich einen kurzen Rundgang über die Messe gönnen.

Insofern freue ich mich, wenn diese Kooperation zwischen dem Sozialministerium und unserer NürnbergMesse auch heuer wieder erfolgreich ist. Der Lokführerstreik wird uns ein bisschen quälen, fürchte ich, was die Besucher angeht, weil natürlich sehr viele mit der Massenmobilität unterwegs sind, und das ein Problem werden könnte.

Ich will zu den drei Begriffen, die die Ministerin in den Mittelpunkt gestellt hat, ein paar Ergänzungen machen, ohne jetzt einen politischen Diskurs beginnen zu wollen. Wir reden sehr viel und auch berechtigterweise über die Problematik der Aufnahme von Flüchtlingen. Wir befinden uns in dem, was im Moment in einer öffentlichen Diskussion stattfindet, in der allerersten Phase eines solchen Aufnahmeprozesses, also in der Phase, in der die Menschen Deutschland betreten, bis sie vom Bundesamt für Migration mit irgendeinem Status versehen worden sind.

Man kann mit großer Sicherheit davon ausgehen, dass wenigstens die Menschen, die aus den Bürgerkriegsgebieten, aus Syrien oder aus dem Irak kommen, entweder Asyl bekommen oder eine Duldung dergestalt, dass man in Bürgerkriegsgebiete nicht abschiebt. Das heißt, die Menschen bleiben uns nicht für ein paar Monate, sondern die bleiben uns 7, 8, 9, 10 Jahre oder für immer. Das heißt, wir müssen uns neben dem aktuellen Krisenmodus, in dem sich alle befinden, jetzt eigentlich mit der Integration, mit der nachgelagerten Integrationsaufgabe, beschäftigen, die ja erst beginnt, wenn die Menschen dann aus dem Asylverfahren raus sind.

Man könnte sagen, im Moment sind wir im gesamtstaatlichen Bereich, wo es Länderzuständigkeiten, Bundeszuständigkeiten und kommunale Zuständigkeiten gibt. Wer anerkannter Asylbewerber aus dem syrischen Bürgerkriegsgebiet ist, ist Nürnberger mit Geburtsort in Syrien. Das heißt, wenn die dann ein Wohnproblem haben, ein Arbeitssuche-Problem, ein Sprachproblem, ein Integrationsproblem, ist es kommunale Integrationsaufgabe.

Darum werben wir darum, dass der Freistaat, der das in Vergangenheit immer auch gemacht hat, mit seinen Integrationsanstrengungen unsere kommunalen Angebote und auch das, was das Bundesamt für Migration tun wird, oder wird tun müssen, ergänzt. Weil der eigentliche Job liegt erst vor uns; weil diese Menschen auch in die jeweiligen Stadtgesellschaften zu integrieren sind. Das ist die Denksportaufgabe, die jenseits dieses Krisenmodus', in dem wir uns jetzt befinden, sicherlich die nächsten Wochen und Monate prägen wird. Das Ministerium ist sich dessen sehr bewusst, und wir diskutieren auch darüber.

Barrierefreiheit ist ein Thema, das vermutlich auch morgen beim Gipfel mit Ministerpräsident Seehofer eine Rolle spielen wird. Da müssen wir aufpassen, dass wir nur diejenigen Erwartungen wecken, die wir tatsächlich zu erfüllen am Ende in der Lage sind. Sonst kann es passieren, dass sich hier ein Politikmechanismus einstellt, der Frustration generiert.

200 Millionen Euro im Doppelhaushalt klingt nach viel Geld, ist aber angesichts allein der für die physische Barrierefreiheit notwendigen Investitionen natürlich nicht viel. Der Umbau einer Bushaltestelle zur Barrierefreiheit, die von einem Niederflerbus angefahren wird, kostet 100.000 Euro und man könnte jetzt, wenn man böse wäre, sagen, das Geld kann ich im Nürnberger Süden alleine ausgeben. Aber natürlich sagt die Frau Ministerin Müller, dann soll ich auch mein eigenes Geld mit ausgeben. Das tun wir auch, weil wir uns natürlich im Rahmen unserer Bauaktivitäten und unserer Barrierefreiheit genauso verpflichtet fühlen.

Ich will nur deutlich machen, dass die große gesamtgesellschaftliche Aufgabe zum Herstellen von Barrierefreiheit nicht nur für mobilitätsgehandicapte Menschen, sondern auch möglicherweise für seh-, hör- und psychisch behinderte Menschen noch riesige Anstrengungen für uns alle mit sich bringen wird. Inklusion – und eine Voraussetzung für Inklusion ist neben dem Abbau der Barrieren auch in den Köpfen auch die physische Barrierefreiheit – als gesamtgesellschaftliche Aufgabe bedarf auch einer gesamtgesellschaftlichen Bearbeitung.

Schließlich noch ein letzter Satz zum Thema Betreuung: es ist völlig unstrittig, dass der Freistaat Bayern mit uns zusammen in einer Riesen-Kraftanstrengung wirklich aufgeholt hat, was die Abteilung der Kindertagesstätten und Kinderkrippen anbelangt.

Wir wissen aber natürlich relativ sicher – dazu muss man nicht studiert haben – dass jedes Kind, das heute ganztags in einer Kinderkrippe oder einem Kindergarten untergebracht wird, irgendwann eine Ganztagesbetreuungs-Erwartung an die Schule definieren wird, und da sind wir noch weit davon entfernt diese Erwartungen im Moment alle zu befriedigen.

Wir liegen in Bayern bei einer Quote von knapp 22 %, wobei zwei Drittel sozialpolitisch organisierte Ganztagesbetreuung ist – das sind die Horte – und nur ein Drittel ist echter schulischer Ganztags. Und deshalb gilt auch hier der Hinweis darauf, dass – und ich zweifle nicht daran, dass es für uns essentiell wichtig ist, dass wir es tun in Bayern – die Ganztagsplatzgarantie (der Ministerpräsident hat nicht von Ganztageseschulplätzen gesprochen sondern von Ganztagesplatz-Garantie) von Horst Seehofer, die wir uns gerne zu eigen machen, weil wir die Bedarfe genau so sehen wie er, noch eine ganze Menge gemeinsamer Anstrengungen bedarf, damit sie für die Eltern befriedigend und für die Träger des Systems administrierbar umgesetzt werden können.

Aber wir leben in einer Zeit, in der die Sozialpolitik die Herzen bewegt und das ist schön, weil das auch schon ganz anders war, und insofern findet die ConSozial hier in Nürnberg zum richtigen Zeitpunkt und am richtigen Standort sowieso statt.